

# Stettiner Zeitung.

## Morgen-Ausgabe.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: H. Hoffe, Haacke & Wegler, G. L. Danne, J. W. Böhmer, Berlin, Bismarck, Mar. Gersmann, Eberfeld, W. Thiemann, G. L. Hoffe, Halle a. S., Jul. Bock & Co., Hamburg, Joh. Nothmann, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Geim. Eisler. Kopenhagen Aug. F. Wolff & Co.

### Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die **Monate Mai und Juni** für die einmal täglich erscheinende **Pommersche Zeitung** mit 67 Pfg., für die zweimal täglich erscheinende **Stettiner Zeitung** mit 1 Mark. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an. Die Redaktion.

E. L. Berlin, 29. April.

### Deutscher Reichstag.

78. Plenarsitzung vom 29. April, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung der Gesetzesnovelle betreffend die Naturalleistungen im Frieden.

Abg. Richter bemerkt, im Großen und Ganzen könne man die Vorteile aus diesem Gesetz nur dankbar annehmen; irgend erhebliche Bedenken gegen Einzelheiten würden wohl von keiner Seite erhoben werden, eine Kommissionsberatung erscheint überflüssig, und er bittet den Präsidenten nur bitten, die Vorlage gleich auf die Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung zu stellen.

Eine weitere Wortmeldung erfolgt nicht, Präsident v. Bülow giebt die vom Vordränger erstellte Zusage.

Es folgt die zweite Beratung der Vorlage betreffend die elektrischen Wagenheben.

Abg. Kruse berichtet über eine Petition, derzufolge die Aufnahme auch des Begriffes **Watt** in das Gesetz erwünscht sei.

Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, es sei dies unterbreiten, weil der Begriff **Watt** nicht so wie die Begriffe **Volt** und **Ampere** wissenschaftlich festgelegt sei. Der Bundesrat werde aber von seiner Befugnis Gebrauch machen und im Wege der Verordnung Bestimmungen über den Begriff **Watt** treffen.

Ohne weitere erhebliche Debatte wird die Vorlage angenommen.

Es folgen Berichte über Petitionen. Eine solche, betreffend Einführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe, beantragt die Kommission, dem Reichszentralrat als Material zu überreichen.

Abg. Meißner stellt und befürwortet demgegenüber den Antrag, die Petition dem Reichszentralrat zur Berücksichtigung zu überreichen.

Abg. Benoit bekämpft lebhaften Antrag, wogegen der Abg. Lohse (Antisemit) ebenfalls für Berücksichtigung der Petition eintritt.

Damit schließt die Debatte.

Die Abstimmung erfolgt, bittet Abg. Benoit, die Abstimmung auszusparen.

Abg. Richter motiviert diesen Vorschlag mit der geringen Bedeutung des Hauses. Augenblicklich seien ja zufällig Konserverbitter und Zentrifugen stärker vertreten, aber man solle doch nicht daraufhin bei so schwacher Vertretung des Hauses eine Entscheidung in einer relativ so wichtigen Sache durchsetzen wollen. Man möge ihn und seine Freunde nicht nöthigen, eventuell von den Mitteln der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.

Nunmehr wird zunächst der Vorschlag Benois, die Abstimmung über den Antrag Meißners auszusparen, abgelehnt.

Jetzt bezieht sich Abg. Benoit die Beschlussfähigkeit des Hauses. Die Zählung ergibt als anwesend nur 149 Abgeordnete, das Haus ist also beschlussunfähig. Der Präsident beraumt die nächste Sitzung an auf 3 Uhr. Schluß der Sitzung 2 Uhr 50 Min.

Auf der Tagesordnung der neuen Sitzung stehen zunächst einige weitere Petitionen.

Ueber eine Petition der Marine-Verfahrensteiler in Danzig, Kiel und Wilhelmshafen um Einweisung in die Klasse der Subalternbeamten und Verleihung eines anderen Amtstitels beantragt die Kommission Uebergang zur Tagesordnung.

Das Haus beschließt demgemäß, nachdem der Abg. Richter dargelegt und der Referent Abg. Kruse bestätigt, daß die Kommission ihren Antrag nur aus Kompetenzgründen für geboten gehalten habe, im Uebrigen aber Uebereinstimmung darüber herrsche, daß die Wünsche der Petenten vollste Sympathie verdienen, zumal ihnen schon früher in einer Verfügung des Marineamts vom 1892 und einer Erklärung des Staatssekretärs vom 22. April 1893 der Rang als Subalternbeamte zugesprochen, hinterher aber, weil dies als Irrthum erkannt worden, wieder abgelehnt worden sei.

Ueber zwei Petitionen betr. Erhöhung der Kontingenz der Zuckerfabrik Ummendorf empfiehlt die Kommission Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Passche beantragt Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Nach kurzer Debatte gelangt der Antrag Passche zur Annahme.

Debatte wird ferner beschlossen, diverse Petitionen betr. Einführung des Konfessionszwanges für Gefandemakler dem Reichszentralrat zur Berücksichtigung zu überreichen.

Sobald folgt die zweite Beratung des Antrages Passche betr. des Sacharins bezw. künstlicher Süßstoffe überhaupt. Der ursprüngliche Antrag lautet: Gesetzentwurf wolle diese Süßstoffe einer Besteuerung unterwerfen. Die Kommission hat fast einstimmig einen Gesetzentwurf beschlossen, welcher in § 2 die Verwendung künstlicher Süßstoffe bei der Herstellung von Nahrungsmitteln und Genussmitteln als Nahrungsmittel fähig hinstellt und in § 3 verbietet: 1. bei Bier, Wein, Fruchtjafte, Konservenfabrikation künstliche Süßstoffe zu verwenden, 2. bereitete Süßstoffe und Genussmittel feilzubieten.

Ein Antrag Lessing auf Abweisung wird abgelehnt, und ein Antrag Hermes auf Vertagung findet nicht genügende Unterstützung.

Nach Empfehlung der Kommissionsbeschlüsse durch den Abg. Passche erklärt

Abg. Wurm (Sd.) daß seine Partei für diese Beschlüsse eintrete, da sie dieselben durchaus billige. Daß die freisinnige Partei dieses Gesetz zu verbinden suche, werfe auf dieselbe ein eigenhümliches Licht, sie befände sich da in sonderbarer Gesellschaft. Redner weist hier auf

ein fragwürdiges Anerbieten hin, welches eine Sacharinfabrik dem Bunde kleiner und mittlerer Brauereien gemacht habe: das Anerbieten nämlich, gegen Entschädigung von 1000 Mark beim Reichstage gegen vorliegende Gesetz zu petitioniren. Thatsächlich sei ja auch eine Petition gegen dieses Gesetz eingegangen, die von 500 Brauereien unterschrieben sei.

Abg. Richter protestirt gegen diese unerhörte Art, eine Partei dieses Hauses, die freisinnige Volkspartei, der er selbst nicht einmal angehört, zu verächtlichen. Eine Partei, die jedenfalls nur aus sachlichen Gründen zu dem Bunde bestimmt worden sei, diese Verhandlung verweigert zu sein. Thatsache sei, daß man noch nicht Zeit genug gehabt habe, diese so einschneidenden Vorschläge der Kommission genau zu erwägen. Er wiederhole, er protestire gegen solche Art der Verächtlichung.

Abg. Lohse (Antis.) tritt warm für die Kommissionsbeschlüsse ein.

Abg. Wurm bestritt, die freisinnige Volkspartei verächtlich zu haben. Er habe nur gesagt, in welcher schlechter Gesellschaft sich diese Partei befände, wenn sie so gegen dieses Gesetz Obstruktion mache. Er habe nicht gesagt, daß die Partei selbst sich durch die 1000 Mark habe bestechen lassen.

Abg. Graf Stolberg drückt seine Genugthuung aus über das Eintreten der Sozialdemokraten für dies Gesetz. Ob dasselbe auch genügend wirksam sein werde, sei allerdings noch fraglich.

Abg. Hermes: Die Art der Agitation jener Sacharinfabrik kann auch nur verdammt werden. Aber diese Agitation kann doch nicht abhalten, aus sachlichen Gründen diejenige Stellung zu diesem Gesetz festzuhalten, die ich von Anfang an eingenommen habe. Redner bemerkt dann noch, daß eine Verächtlichung denn doch in der Ausdrucksweise Wurm's gelegen habe.

Abg. Meißner spricht für den vorliegenden Entwurf.

Damit schließt die Debatte.

Präsident v. Bülow erklärt nach Einblick in das Stenogramm, Wurm habe gegen die freisinnige Volkspartei zwar keinen direkten Vorwurf ausgesprochen, zwar Nebenbemerkung, daß sich diese Partei in schlechter Gesellschaft begeben habe, müsse er, der Präsident, aber jedenfalls mißbilligen und tadeln.

Vor der Abstimmung zweifelt nunmehr Abg. Hermes die Beschlussfähigkeit des Hauses an. Da an der Beschlussfähigkeit kein Zweifel besteht, beraumt der Präsident die nächste Sitzung an auf morgen 1 Uhr.

Tagesordnung: Handelsprovisorium mit England und Westpolenvertrag in 3. Naturalleistungsgesetz in 2. Lesung, sodann Anträge betreffend Hofjubiläum.

Schluß 5 Uhr.

E. L. Berlin, 29. April.

### Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

68. Plenar-Sitzung vom 29. April, 11 Uhr.

Am Ministerische zum Kommissionsrat, später Hofe.

Die Beratung des Antrages v. Mendels-Ring betr. Maßregeln gegen Viehseuchen, sowie Einführung der obligatorischen Fleischschau wird fortgesetzt.

Abg. Ring (L.) verkennt die Schwierigkeiten der Forderungen des Antrages nicht, glaubt aber doch, daß die landesgesetzliche Regelung der Frage möglich und durchführbar sein werde und empfiehlt deshalb Annahme des Antrages.

Abg. Dr. Birchow (fr. Vp.) ist unklar darüber, was die Antragsteller eigentlich unter „pathologischer Seuchenbekämpfung“ verstehen. Ueber die Ursache der Seucheneinführung wisse man sehr wenig. Unter solchen Umständen sei es aber auch nicht möglich, geeignete Maßregeln zur Bekämpfung zu finden. Es scheine, als ob die Anträge eben nur Forderungen stellen, deren Erfüllung aber der Regierung überlassen. Vielleicht hoffen sie dabei, daß die Sanitäts-polizei Maßnahmen trifft, die auf die Preise zu Gunsten der Agrarier einwirken. Es sei durchaus nicht nachgewiesen, daß alle ansteckenden Krankheiten durch Bakterien übertragen werden; die Maul- und Klauenseuche sei zweifellos übertragbar, doch sei ein Bakterium nicht nachweisbar; die Krankheit äußere sich lediglich als krankhafte Schwellung verschiedener Organe. Die Impfung zum Zwecke der Feststellung der Tuberkulosekrankheit sei für nicht maßgebend. (Beifall links.)

Abg. Dr. Jahn (Widow.) weist auf die nachgewiesene Schädlichkeit der eingeführten präparierten Lebern und der weichen Würste hin, die in großen Mengen in Berlin konsumirt werden. Es wäre möglich, recht bald hiergegen eine Polizeiverordnung zu erlassen. Der Landwirtschaftsminister aber möge die Preise für Fleisch auf dem Lande und in den großen Städten feststellen lassen, um amtlich nachzuweisen, daß die Preissteigerungen des Fleisches nicht auf dem Lande, sondern in den Städten wohnen. (Sehr richtig!)

Redner vernimmt die Antragsteller gegen die Unterstellung der Fleischwertheurteilung. Im vorigen Jahre sind 49 Millionen für Fleisch nach Dänemark gegangen. Diese Summe hätte in Schleswig-Holstein viel Segen bringen können. Möge Herr Birchow dafür sorgen, daß die deutsche Bevölkerung mit deutschem Fleische ernährt wird, dann wird der Preisfall vielleicht in den Gegenden wieder aufleben, wo er jetzt darniederliegt. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Jahn (Widow.) weist auf die nachgewiesene Schädlichkeit der eingeführten präparierten Lebern und der weichen Würste hin, die in großen Mengen in Berlin konsumirt werden. Es wäre möglich, recht bald hiergegen eine Polizeiverordnung zu erlassen. Der Landwirtschaftsminister aber möge die Preise für Fleisch auf dem Lande und in den großen Städten feststellen lassen, um amtlich nachzuweisen, daß die Preissteigerungen des Fleisches nicht auf dem Lande, sondern in den Städten wohnen. (Sehr richtig!)

Redner vernimmt die Antragsteller gegen die Unterstellung der Fleischwertheurteilung. Im vorigen Jahre sind 49 Millionen für Fleisch nach Dänemark gegangen. Diese Summe hätte in Schleswig-Holstein viel Segen bringen können. Möge Herr Birchow dafür sorgen, daß die deutsche Bevölkerung mit deutschem Fleische ernährt wird, dann wird der Preisfall vielleicht in den Gegenden wieder aufleben, wo er jetzt darniederliegt. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Jahn (Widow.) weist auf die nachgewiesene Schädlichkeit der eingeführten präparierten Lebern und der weichen Würste hin, die in großen Mengen in Berlin konsumirt werden. Es wäre möglich, recht bald hiergegen eine Polizeiverordnung zu erlassen. Der Landwirtschaftsminister aber möge die Preise für Fleisch auf dem Lande und in den großen Städten feststellen lassen, um amtlich nachzuweisen, daß die Preissteigerungen des Fleisches nicht auf dem Lande, sondern in den Städten wohnen. (Sehr richtig!)

Redner vernimmt die Antragsteller gegen die Unterstellung der Fleischwertheurteilung. Im vorigen Jahre sind 49 Millionen für Fleisch nach Dänemark gegangen. Diese Summe hätte in Schleswig-Holstein viel Segen bringen können. Möge Herr Birchow dafür sorgen, daß die deutsche Bevölkerung mit deutschem Fleische ernährt wird, dann wird der Preisfall vielleicht in den Gegenden wieder aufleben, wo er jetzt darniederliegt. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Jahn (Widow.) weist auf die nachgewiesene Schädlichkeit der eingeführten präparierten Lebern und der weichen Würste hin, die in großen Mengen in Berlin konsumirt werden. Es wäre möglich, recht bald hiergegen eine Polizeiverordnung zu erlassen. Der Landwirtschaftsminister aber möge die Preise für Fleisch auf dem Lande und in den großen Städten feststellen lassen, um amtlich nachzuweisen, daß die Preissteigerungen des Fleisches nicht auf dem Lande, sondern in den Städten wohnen. (Sehr richtig!)

Redner vernimmt die Antragsteller gegen die Unterstellung der Fleischwertheurteilung. Im vorigen Jahre sind 49 Millionen für Fleisch nach Dänemark gegangen. Diese Summe hätte in Schleswig-Holstein viel Segen bringen können. Möge Herr Birchow dafür sorgen, daß die deutsche Bevölkerung mit deutschem Fleische ernährt wird, dann wird der Preisfall vielleicht in den Gegenden wieder aufleben, wo er jetzt darniederliegt. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Jahn (Widow.) weist auf die nachgewiesene Schädlichkeit der eingeführten präparierten Lebern und der weichen Würste hin, die in großen Mengen in Berlin konsumirt werden. Es wäre möglich, recht bald hiergegen eine Polizeiverordnung zu erlassen. Der Landwirtschaftsminister aber möge die Preise für Fleisch auf dem Lande und in den großen Städten feststellen lassen, um amtlich nachzuweisen, daß die Preissteigerungen des Fleisches nicht auf dem Lande, sondern in den Städten wohnen. (Sehr richtig!)

Redner vernimmt die Antragsteller gegen die Unterstellung der Fleischwertheurteilung. Im vorigen Jahre sind 49 Millionen für Fleisch nach Dänemark gegangen. Diese Summe hätte in Schleswig-Holstein viel Segen bringen können. Möge Herr Birchow dafür sorgen, daß die deutsche Bevölkerung mit deutschem Fleische ernährt wird, dann wird der Preisfall vielleicht in den Gegenden wieder aufleben, wo er jetzt darniederliegt. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Jahn (Widow.) weist auf die nachgewiesene Schädlichkeit der eingeführten präparierten Lebern und der weichen Würste hin, die in großen Mengen in Berlin konsumirt werden. Es wäre möglich, recht bald hiergegen eine Polizeiverordnung zu erlassen. Der Landwirtschaftsminister aber möge die Preise für Fleisch auf dem Lande und in den großen Städten feststellen lassen, um amtlich nachzuweisen, daß die Preissteigerungen des Fleisches nicht auf dem Lande, sondern in den Städten wohnen. (Sehr richtig!)

Redner vernimmt die Antragsteller gegen die Unterstellung der Fleischwertheurteilung. Im vorigen Jahre sind 49 Millionen für Fleisch nach Dänemark gegangen. Diese Summe hätte in Schleswig-Holstein viel Segen bringen können. Möge Herr Birchow dafür sorgen, daß die deutsche Bevölkerung mit deutschem Fleische ernährt wird, dann wird der Preisfall vielleicht in den Gegenden wieder aufleben, wo er jetzt darniederliegt. (Beifall rechts.)

Bezugnahme auf die Erfahrungen, die er als Bewohner der Gegend nahe der holländischen Grenze gemacht hat.

Abg. Ring (L.) verwahrt sich dem Abg. Birchow gegenüber gegen dessen Unterstellung, als wollten seine Freunde nur höhere Fleischpreise erzielen. Redner müsse sich solche Unterstellungen verbitten.

Abg. Graf (fr.) ist für den Antrag ohne Streichung des Passus über den gewerbmäßigen Fleischverkauf. Er glaubt, daß die Schlächtungen für den häuslichen Bedarf von der Fleischschau frei bleiben können.

Nachdem noch die Abgg. Niesch (fr.), Jansen (Str.) und Szumla (Str.) sich in zunehmendem Sinne geäußert, wird die Debatte geschlossen.

Nach einem Schlussworte des Abg. von Mendels-Ring, wobei er die gründliche Desinfektion der Viehwagen auf den Eisenbahnen empfiehlt, wird der Antrag Mendels-Ring mit den Unterstrichen der Antragsteller (Streichung des Passus betreffend den gewerbmäßigen Fleischverkauf) und des Antrages Gothein (fr. Vp.) statt „aller Fleischwaren an den Grenzen Deutschlands“ zu sagen „Fleischwaren des Auslandes“ einstimmig angenommen.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung, zweite Lesung der Privatbogens-Vorlage, wird von der Tagesordnung abgesetzt, da der Kultusminister durch die Statberathung im Herrenhause behindert ist, die Vorlage zu vertreten.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Tagesordnung: Interpellation Gothein (fr. Vp.) betr. das Breslauer Mädchen-Gymnasium. Rechnungsachen.

Schluß 1 1/4 Uhr.

### Deutschland.

O Berlin, 29. April. Wie neuerlich festgestellt ist, hält die Staatsregierung an der Aufassung fest, daß ein Gesetz über die öffentlichen Mittelschulen, in welchem auch die Regulierung der Besoldungen der Mittelschullehrer vorgesehen würde, nur möglich sei, nachdem ein Volksschulgesetz zur Verabschiedung gelangt sei. Es wird regierungsfest gegeben, daß, nachdem die Besoldungen der Volksschullehrer durch das Gesetz vom 3. März 1897 anderweitig geordnet sind, diejenigen der Volksschullehrer an den gleichen Orten hinter jenen zurückgefallen sind. Man verweist aber darauf, daß ein ähnlicher Fall vorlag, als 1890 in vielen Orten in Folge der Erhöhung der staatlichen Alterszulagen das Einkommen der Volksschullehrer dasjenige der Mittelschullehrer überstieg. Auf die Aufforderung der Bezirksregierungen hätten damals die meisten Gemeinden diesem Mißstand abgeholfen. Die Staatsregierung hegt zu den Gemeinden das Vertrauen, daß sie in eigenem Interesse, so weit möglich, die Besoldungen der Mittelschullehrer angemessen ordnen werden und wird in dieser Auffassung durch die bisherigen Maßnahmen unterstützt.

Wie wir hören, sind die Fragebogen für die Erhebung der Produktionsstatistik der Textil-, der Glas- und der chemischen Industrie nunmehr geöffnet und hat nach vorläufiger Sichtung sich das Resultat als ein überaus günstiges herausgestellt. Besonders gilt dies von einigen Zweigen der Textilindustrie, namentlich von der Baumwollspinnerei, die zuerst geprüft wurde.

Heute fand hier die Schlußsitzung der deutschen Kommission für die Weltausstellung in Brüssel 1897 statt.

Interessante Mittheilungen über die Stimmung in England bringt ein Petersburger Brief der „Polit. Korr.“, in dem es u. A. heißt: Die öffentliche Meinung Englands, welche dem spanisch-amerikanischen Konflikt ziemlich indifferent gegenübersteht, beschäftigt sich jetzt mehr mit den ersten Folgen, welche aus dem Kriege resultiren können. In Spanien könnten im Falle einer Niederlage bedeutende innere Zustände eintreten, während sich jenseits des Ozeans in Folge des Krieges ein furchtbarer Massen- und Religionskampf zwischen dem spanischen und dem amerikanischen Volk entwickeln könnte. Es wäre auch möglich, daß die Union sich im Falle eines Erfolges gegenüber Spanien zu dem Versuch ermutigt fühlen würde, eine industrielle und kommerzielle Vorherrschaft über Europa anzustreben und auf diese Weise leicht aus Konflikte mit der alten Welt hervorzurufen. Keinesfalls unterliegt es einem Zweifel, daß die finanziellen, kommerziellen und industriellen Interessen Europas durch den ausgebrochenen Krieg eine schwere Erschütterung erfahren werden, welche den Aun zahlreicher Gefährten nach sich ziehen muß. Die Dinge können selbst an einen Punkt gelangen, wo die europäischen Mächte, welche jetzt noch entschlossen sind, absolute Neutralität zu bewahren, sich verpflichtet fühlen könnten, behufs Verteidigung der bedrohten Interessen ihrer eigenen Unterthanen von dem Prinzip der Nichtintervention abzugeben. Es ist wohl wahr, daß der Krieg Englands beträchtliche pekuniäre Vorteile bringen wird, da durch denselben der Export mancher russischer Produkte sehr begünstigt wird, welche sonst unter der amerikanischen Konkurrenz zu leiden haben und deren Preise nunmehr auf dem Weltmarkt eine enorme Steigerung erfahren haben. Es sind dies namentlich das Petroleum und das Getreide, welches z. B. bisher eine Steigerung von 15 Kopelen für den Pud (40 russische Pund) erfahren hat. Aber diese vorübergehenden pekuniären Vorteile wiegen sehr leicht im Vergleich zu den politischen und volkswirtschaftlichen Wirkungen, welche der spanisch-amerikanische Krieg für diese Länder selbst und zum Theile auch außerhalb derselben im Gefolge haben kann.

Im Reichstagswahlkreise Reife hat der Bund der Landwirthe den Zentrumskandidaten Stitzgrath Horn, welcher das Mandat seit fast 25 Jahren ununterbrochen inne hat, vor die Alternative gestellt, entweder binnen drei Tagen das Programm des Bundes der Landwirthe anzunehmen und dies dem Reichstagsbeschlusse schriftlich mitzutheilen, oder es werde sofort ein Mitglied des Bundes aufgestellt werden. — Öffentlich macht es der Stitzgrath Horn wie der national-liberale Kandidat des 13. badischen Wahlkreises Meyer Böhmhorn, gegen den vom Bund der Landwirthe ein ähnlicher brutaler Versuch gewagt wurde und den derselbe mit seinem Austritt aus dem Bunde beantwortete.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 29. April. Der „Neuzet“ erklärt kategorisch die Mitternachtsdeklaration, daß die ungarische Regierung bis zum Ablauf der internationalen Handelsverträge am 31. Dezember 1902 ein Provisorium für den Ausgleich eingehen wolle, für unrichtig. Ein solches Vorhaben sei nach den blühenden Erklärungen des Ministerpräsidenten Baron Banffy im Parlament gelegentlich der Verhandlung über das Provisorium im Herbst v. J. vollkommen ausgeschlossen. Das Blatt fügt hinzu, Ungarn stehe keineswegs davon ab, eine selbstständige Regelung seiner wirtschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich auf der ganzen Linie vorzunehmen, falls der Ausgleich ohne ein Verhinderung Ungarns im österreichischen Reichsrath nicht durchgeführt werden könnte.

### Frankreich.

Paris, 29. April. In der Begründung, mit der das höchste Gericht als Disziplinargericht Duesnay de Beauregard von der Anklage der Pflichtverletzung freisprach, wird gesagt, sein Vorgehen sei durch das Schwanen über die zu treffenden Maßregeln seitens seiner Vorgesetzten bedingt gewesen; die Verfolgungsfrist gegen die Panamisten sei nicht durch die Schuld Duesnays, sondern durch die der Minister von 1892 verjährt, die sich nicht rechtzeitig für die Verfolgung zu entscheiden gewußt haben.

### Rußland.

Kronstadt, 29. April. Die kleine Rhede ist eisfrei; auf der großen ist das Eis nur theilweise aufgegangen.

### Amerika.

Trotz des amerikanisch-spanischen Krieges findet man in den Vereinigten Staaten Zeit, sich sehr gelegentlich mit einer Korruptionsgeschichte zu befassen, die für den Präsidenten Mac Kinley mehr als peinlich ist. Sein „Wahlmache“ Mark Hanna wird wegen Bestechungsversuches von der Legislatur von Ohio verurteilt und mit ihm eine Anzahl der hervorragendsten republikanischen Politiker Ohios. Die „New Yorker Staats-Zeitung“ giebt zum Verständnis der Unternehmung die Vorgeschichte:

Als die Präsidentenwahlkampagne von 1896 begann und Mac Kinley als Bewerber um die republikanische Nominierung auftrat, erschien wie aus der Verlesung ein Mann als sein Kampagnenleiter an der Spitze, der bis dahin sich noch nie um Politik gekümmert hatte — der millionenreiche Fabrikant Mark A. Hanna von Cincinnati. Der Mann hatte plötzlich politische Gesinnung bekommen, nachdem er in seinen industriellen Unternehmungen genug Geld verdient hatte, um sich den Luxus erlauben zu können, und nach alter Gewohnheit suchte er auch die Politik rein vom Gesichtspunkt aus, was ja nach Ansicht des Durchschnitts-Amerikaners wie des Berufspolitikers keineswegs unrecht ist. Hanna begann also seine Kampagne, indem er munter und ungeniert im Säben farbige Vertreter, die von jeder feil waren, durch Geld und Aemterversprechen aufkaufte. Unkritisch erwiebs er sich auch sonst als guter Feldherr und so gelang es ihm, die „Nominierung“ seines Schutzbefohlenen Mac Kinley auf dem Konvent zu St. Louis durchzusetzen. Mac Kinley wurde erwählt, nachdem sich die Demokraten ganz dem Ueberhandnehmen in die Arme geworfen und so jedem Gutgeld-Manne unmöglich gemacht hatten, für ihren Kandidaten zu stimmen. Mac Kinleys Erwählung bedeutete den Höhepunkt Hannas, von da an ging es mit ihm bergab, wenn dies auch dem oberflächlichen Beobachter nicht gleich recht klar wurde. Mac Kinley wollte und mußte sich dankbar erweisen, und Hanna wollte in den Bundesrat. Somit mußte der alte Sherman Platz machen, und da es nicht anders ging, wurde er zum Staatssekretär ernannt. Nach starkem Druck aus Washington bestand sich Gouverneur Bushnell zur Ernennung Hannas zum Bundes-senator und das erste, was dieser that, war die absolute Auslieferung der Partei an den Großkapitalismus und Monopolismus, was im Dingley-Tarif seinen Ausdruck fand. Im Herbst 1897 wurde in Ohio die Legislatur gewählt, die Senator Sherman definitiv für den Rest seines eigenen und den nächsten Termin den Nachfolger zu geben hatte. Mit geradezu schamloser Offenheit wurde von der Administration jeder Hebel in Bewegung gesetzt, um Hannas Erwählung zu sichern. Ohio hatte an Aemtern erhalten, was Hanna wollte, seine Wollgüter waren im Tarif ganz besonders bedacht worden, die Veteranen, die Pensionen beanspruchten, wurden bevorzugt, die halbe Administration wurde für Kampagnenversteher abkommandirt, Mac Kinley vergaß sich selbst soweit, daß er persönlich eintritt — alles Hannas wegen. Das Ergebnis war, daß die Legislatur um ein Haar demokratisch geworden wäre und Hanna eine Niederlage erlitten hätte, die ihm wie dem Präsidenten und seiner Partei nichts geschadet hätte. Unter den republikanischen Legislaturmitgliedern befanden sich jedoch Gegner Hannas und es mußte nun mit allen Mitteln, aber ohne alle Skrupel, gekämpft werden, um sie doch bei der Stange zu halten. Daß Korruption in jeder Form angewendet wurde, war kein Geheimniß und es überforderte auch nicht, als in offener Sitzung die Beschuldigung erhoben wurde, es seien ganz direkt Bestechungsversuche gemacht worden. Hanna wurde zum Bundes-senator gewählt, aber die Legislatur beauftragte einen Ausschuss mit Untersuchung dieser Beschuldigungen, und dieser ist nun zu dem Befund gelangt, daß sie gerechtfertigt seien.

Daß der Skandal gerade jetzt zur Erörterung kommen soll, ist natürlich dem Präsidenten und noch mehr der Kriegspartei sehr unangenehm; man weiß aber von amerikanischer Korruption schon zu viel, daß der Eindruck auf das Ausland kein besonderer sein wird. Bei der nächsten Wahl wird doch wieder mit denselben Mitteln gearbeitet. Die Hannas sterben nicht aus.

### Stettiner Nachrichten.

Stettin, 30. April. Die Ortsgruppe Stettin des Hiesigen Vereins verleiht heute ihren Bericht für das Jahr 1897, sie hatte am 28. April v. J. das 10. Jahr ihres Bestehens vollendet und wenn sie auf die

Zeit ihrer Thätigkeit zurückblickt, kann sie mit dem Erfolge wohl zufrieden sein. Wie die stetig steigende Mitgliederzahl beweist, wehren sich auch in Pommerns Hauptstadt die Freunde von Hiesigen Reich immer mehr, denn in diesem Jahre zählt die Ortsgruppe bereits über 200 zu ihrer Mitgliederzahl und besonders in letzter Zeit hat sich das Interesse für dieselbe weitestgehend erhöht. Der Dank dafür gebührt der umsichtigen Leitung, welche es sich angelegen sein läßt, durch beherrschende Vorträge und durch originelle Unterhaltungsabende den Mitgliedern nicht nur Abwechslung zu bieten, sondern auch deren Interesse für das hiesige Hiesigenge zu erhöhen. Wie hoch Letzteres gelte, zeigt sich besonders in verflochtenen Jahren, wo der Verein zur Entfaltung einer besonderen Thätigkeit durch die schmerzlichen Ueberbrennungen im Hiesigenge veranlaßt wurde. Dieses gewaltige Unglück erregte ja wie bekannt im gesamten Vaterlande die größte Theilnahme, und so durfte unsere Ortsgruppe am wenigsten zögern, nach Kräften zur Bänderung der Noth beizutragen. Ein Aufruf in den Zeitungen und verschiedene Veranstaltungen hatten den Erfolg, daß die Ortsgruppe Stettin allein im Ganzen 684 Mark 75 Pf., sowie 31 Sendungen mit Kleidungsstücken und anderen Sachen des täglichen Gebrauchs an die Hauptamtsstelle in Hiesigenge abliefern konnte, wofür sie allen Gebern im Jahresbericht noch besonderen Dank ausspricht. — Heute Abend begeht die Ortsgruppe ihr 11. Stiftungsfest, dessen Vorbereitungen wieder eine originelle Unterhaltung auf einer Gebirgsbaude schaffen wollen und das wird den Veranstaltern sicher gelingen.

— (Personal-Veränderungen im Bereich des 2. Armee-Korps.) v. Hartwig, Sekonde-Regiment a. D., zuletzt im damaligen 3. pommerschen Infanterie-Regiment Nr. 14, eine etatsmäßige Sekonde-Regimentsstelle bei dem Invalidenhaus zu Berlin verliehen. Nidel, Majorat vom Infanterie-Regiment Nr. 5, auf seinen Antrag zum 1. Mai 1898 mit Pension in den Ruhestand versetzt. Bloch, Unteroffizier vom 2. pommerschen Infanterie-Regiment Nr. 9, zum Majorat ernannt. — Maclellis, Majorat vom Feldartillerie-Regiment Nr. 34, zum 2. pommerschen Infanterie-Regiment Nr. 9 versetzt. Denze, Proviantamtsaspirant, als Proviantamts-assistent zum 1. Mai 1898 in Straßburg angestellt.

— Dem emeritirten Lehrer Johannes Josef Schulte zu Stolp i. Pomm., bisher zu Seelitz im Kreise Rummelsburg, ist der Absterben der Inhaber des königlichen Hausordens von Hohenzollern verliehen.

— Als die Anlagen wegen „Anpreisung von Heilmitteln“ gegen Zeitungsredakteure besonders florirten, war auch gegen unsern verantwortlichen Redakteur ein Strafmandat ergangen, worin wegen Aufnahme eines Inserats von Ad. Lauer's Hühneraugen eine Strafe verhängt war. Bei der deshalb anstehenden gerichtlichen Verhandlung hob der Beklagte hervor, daß Hühneraugen doch unmöglich als „Krankheit“ bezeichnet werden könnten und um dazu eine drastische Beleuchtung geben zu können, hatte er vorher einen Freund zu drei verschiedenen Ärzten gefandt, um dieselben wegen der „Hühneraugen“ zu konsultiren. Der erste verbat sich derartige „Scherze“, der zweite erklärte, daß er kein Hühneraugenarzt sei und der dritte war geneigt und beriet, daß er in solchen Fällen stets Ad. Lauer's Mittel anverwandte und dasselbe habe sich stets bewährt. Aber trotzdem erklärte der als Sachverständiger vernommene Herr Kreisphysikus „Hühneraugen“ für Krankheit und unser verantwortlicher Redakteur wurde verurtheilt. Die erkannte Geldstrafe hat derselbe lange verschmerzt, aber es kann ihn mit einer gewissen Genugthuung erfüllen, daß seine damals verhängte Strafe jetzt auch von dem königlichen Kammergericht anerkannt ist. Dasselbe hat bei Mitteln gegen Hühneraugen die öffentliche Anpreisung in Blättern straflos gestellt und entgegen einer Entscheidung der Strafkammer erkannt, der gesetzliche Begriff „Krankheit“ sei auf Hühneraugen nicht anwendbar. Das Sachverhältniß war nun folgendes: Auf Grund einer Ankündigung in Zeitungen, daß ein gewisses Heilmittel über Nacht das Hühnerauge vollständig ohne Schmerz und Gefahr beseitige, war mit der Erwägung, es liege öffentliche Anpreisung eines Geheimmittels vor, weil die Bestandtheile nicht bekannt gemacht seien, Strafe wegen Uebertretung einer der in letzter Zeit so häufig erlassenen Polizeiverordnungen betreffend den Verkehr mit Geheimmitteln ausgesprochen worden; dabei hatte die Strafkammer ausdrücklich festgestellt, das Geheimmittel sei auch dazu bestimmt, zur Heilung einer menschlichen Krankheit zu dienen, da unter Krankheit jeder abnorme (regelmäßige, unregelmäßige) Zustand des menschlichen Körpers oder einzelner Körperteile zu verstehen sei, mithin das Hühnerauge, d. i. eine Verdickung und Verhärtung der Haut, eine Hautkrankheit darstelle. Das Kammergericht war anderer Meinung: Unter den Begriff „Krankheit“ falle nicht schlechthin jede Abweichung des Körpers oder einzelner Körperteile von der allgemeinen Regel, sondern nur eine solche Abweichung, welche die Erhaltung des Körpers und seiner vollkommenen Leistungsfähigkeit zu gefährden drohe oder doch wesentliche Störungen des regelmäßigen Zustandes der Gewebezellen und deren Wechselwirkung untereinander herbeiführe. Nun sei es zwar sehr wohl denkbar, daß Hühneraugen durch nachlässige oder falsche Behandlung derartige Abweichungen und Störungen des Allgemeinbefindens zur Folge hätten; aber dieses könne nicht dazu führen, diese Hühneraugen, eine als erklärliche Folge eines öfter wiederholten Druck's von selbst verschwindende hornartige Verdickung der Oberhaut an und für sich zu den Krankheiten zu rechnen. Aus diesen Gründen sprach das Kammergericht den Angeklagten von Strafe und Kosten frei.

— Das Johnson & Co. wird am morgigen Sonntag noch zwei Vorstellungen veranstalten; am Abend gelangt, wie bereits mitgeteilt, „Mora“ zur Aufführung, am Nachmittag wird bei kleinen Preisen „Die Witende“ wiederholt.

— Der Kaufmann Ernst Jilling, Alte Falsenwalderstr. 9a, hat eine amtliche Verkaufsstelle für Postversteigerungen übernommen.

— Für den Wahlkreis Anklam-Memmin, Neudamm-Wollin und Uckermark sind seitens der Wahlberechtigten der











